

ZfIR 2011, A 4

BGH: Zwangsvollstreckung aus Grundschild- Unterwerfungserklärungen

Der VII. Zivilsenat entschied, unter welchen Voraussetzungen der zuständige Notar einem anderen als dem ursprünglichen Grundschildgläubiger die für eine Zwangsvollstreckung notwendige Vollstreckungsklausel zu erteilen hat (**BGH, Besch. v. 29.6.2011 – VII ZB 89/10**).

In vielen Fällen werden Kredite von Banken dadurch abgesichert, dass der Kreditnehmer der finanzierenden Bank eine Grundschild bestellt. Gleichzeitig unterwirft er sich wegen des Anspruchs aus der Grundschild der sofortigen Zwangsvollstreckung. Wird die Grundschild an einen Dritten (Zessionar) abgetreten, kann nunmehr dieser aus dem Vollstreckungstitel (der Unterwerfungserklä-

ZfIR 2011, A 5

rung) wegen des Anspruchs aus der Grundschild vorgehen, wenn der Notar im sogenannten Klauselerteilungsverfahren die Unterwerfungserklärung zu seinen Gunsten für vollstreckbar erklärt. Die Klausel wird vom Notar erteilt, wenn die Vollstreckungsvoraussetzungen durch öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden nachgewiesen sind, § 727 Abs. 1 ZPO, § 726 Abs. 1 ZPO.

Entgegen der Entscheidung des XI. Zivilsenats vom 30.3.2010 (**XI ZR 200/09, ZfIR 2010, 455** (m. Besprechung *Clemente*, S. 441)) ist nach Ansicht des VII. Senats im Klauselerteilungsverfahren kein Nachweis des „Eintritts in den Sicherungsvertrag“ erforderlich, sofern Beschränkung der Unterwerfungserklärung („treuhänderische Bindung“) nicht im Wortlaut der Urkunde angelegt ist.

Der XI. Zivilsenat entschied im Verfahren XI ZR 200/09, dass eine solche formularmäßige Unterwerfungserklärung bei einer Sicherungsgrundschild auch dann, wenn ihr Wortlaut dafür keine Anhaltspunkte biete, interessengerecht so auszulegen sei, dass der Zessionar nur dann aus ihr vorgehen könne, wenn er der Sicherungsvereinbarung, die der Kreditnehmer mit seiner Bank geschlossen hat, beitrete. Auf diese Weise sei sichergestellt, dass der Kreditnehmer auch in den Fällen, in denen die Abtretung der Grundschild ohne seine Veranlassung – etwa aufgrund eines Verkaufs der Kreditforderung – erfolge, Einwendungen gegen den Anspruch aus der Grundschild, die ihm gegenüber seiner Bank zugestanden hätten, gegenüber dem Zessionar geltend machen könne. Der XI. Zivilsenat wies zudem beiläufig darauf hin, dass deshalb im Klauselerteilungsverfahren von dem Notar zu prüfen sei, ob der Zessionar der Sicherungsvereinbarung beigetreten sei.

Diese Entscheidung habe den Notaren vor allem in den häufigen Fällen Probleme bereitet, in denen der Zessionar die Grundschild auf Veranlassung des Kreditnehmers – etwa wegen einer Neuvaluierung oder einer Umschildung – erworben hat, so der VII. Zivilsenat in seinem aktuellen Beschluss. Sie haben teilweise auch in diesen Fällen die Erteilung der Klausel verweigert, weil der Zessionar regelmäßig nicht durch öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden den Nachweis erbringen kann, dass ein solcher Fall und nicht ein Fall vorliegt, in dem die Grundschild ohne Veranlassung des Kreditnehmers abgetreten worden ist. Außerdem herrschte in der Notarpraxis und der Literatur seitdem Unsicherheit, wie in den übrigen Fällen der Nachweis des Beitritts zur Sicherungsvereinbarung mit der abtretenden Bank zu führen sei.

Der für Rechtsbeschwerden im Klauselerteilungsverfahren allein zuständige VII. Zivilsenat stellte nunmehr in einer Grundsatzentscheidung klar, dass der Notar die Klausel in allen Fällen erteilen muss, in denen die Unterwerfungserklärung sprachlich keinen Anhaltspunkt für die vom XI. Zivilsenat angenommene Bedingung erhält. Der Grund liegt in der Formalisierung des Zwangsvollstreckungsverfahrens, die einer allein an Interessen orientierten Auslegung ohne jeden Anhaltspunkt im Wortlaut eines Vollstreckungstitels Grenzen setzt. Der vom XI. Zivilsenat bezweckte Schutz des Kreditnehmers werde dadurch gewährleistet, dass er in einem kontradiktorischen Erkenntnisverfahren, das durch eine Klauselgegenklage nach § 768 ZPO eingeleitet werden kann, die Einwendung vorbringen könne, die Unterwerfungserklärung sei einschränkend im Sinne der Entscheidung des XI. Zivilsenats auszulegen und die danach erforderlichen Voraussetzungen lägen nicht vor. In diesem Verfahren gelte insbesondere keine Beschränkung der Beweismittel auf öffentliche oder öffentlich beglaubigte Urkunden. Es könne dort deshalb beispielsweise unproblematisch festgestellt werden, ob der Zessionar die Grundschild ohne Veranlassung des Kreditnehmers erworben hat.

Anm. d. Red.: Lesen Sie den Volltext sowie eine Anmerkung zu dieser Entscheidung in einer der nächsten Ausgaben der ZfIR.

(Quelle: Pressemitteilung des BGH Nr. 130/2011 vom 19.7.2011)